

Stadt Usingen

Hauptamt

Beschluss-Vorlage

Datum	Drucksache Nr.:
01.03.2019	XI/23-2019

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Magistrat	11.03.2019	
Ausschuss für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung	19.03.2019	
Haupt- und Finanzausschuss	21.03.2019	
Stadtverordnetenversammlung	08.04.2019	

Interkommunale Zusammenarbeit; Aufbau eines Datenportals zur nachhaltigen Bewirtschaftung der kommunalen Straßen

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Kommunen Grävenwiesbach, Usingen, Weilmünster und Weilrod zum Aufbau eines gemeinsamen Datenportals zur nachhaltigen Bewirtschaftung der kommunalen Straße wird beschlossen.

Sachdarstellung:

Eine wesentliche Aufgabe der Kommune umfasst die Erhaltung des kommunalen Infrastrukturvermögens (Straßen, Brücken, Kanal- und Wasserleitungsnetze, Gebäude, etc.) in einem technisch einwandfreien Zustand.

Dazu ist es notwendig, den vorhandenen Bestand vollständig zu erfassen und kontinuierlich fort zu führen. Anders, als noch bei der Inventarisierung im Rahmen der doppelten Vermögensbewertung, wo auch bei uns nur mit Hilfe von herkömmlichen Fotoaufnahmen und Handaufzeichnungen vor Ort agiert wurde, bietet sich nunmehr die georeferenzierte Erfassung des gesamten Straßenraumes (Fahrbahn, Gehwege, Nebenanlagen, Beleuchtung, Schilder, Grünanlagen, etc.) durch die Erstellung von 360° georeferenzierten Panoramabildern an.

Die so gewonnenen Bilder und Daten werden in einer Datenbank gemeinsam mit weiteren Fachkatalogen (Liegenschaftskarte, Ver- und Entsorgungsleitungen) verknüpft. Durch die Betrachtung und Bewertung der jeweiligen Zustände wird eine Brennpunktanalyse erstellt, deren Ergebnis in einer Prioritätenliste mündet. Durch die Gegenüberstellung von verschiedenen Instandsetzungsvarianten kann für das jeweilige Vorhaben die wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden.

Dadurch entsteht ein transparentes Verfahren für die politischen Entscheidungsträger, welche Maßnahmen auch im Hinblick auf notwendige Sanierungsarbeiten im Wasser- und insbesondere Abwasserbereich mittelfristig umzusetzen sind.

Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) fördert das Land Hessen solche Projekte zur Ermittlung der Daten und die zukünftige Bewirtschaftung in vergleichbaren Fällen bisher mit rd. 12.000 € pro Kommune, wobei der Gemeindeanteil mindestens 5.000 € betragen muss.

Die Kosten für die Straßenbefahrung, die Zustandsbewertung, die Ausarbeitung einer Brennpunktanalyse (incl. einer Mehrspartenplanung -Einbeziehung der Ver- und Entsorgungsleitungen-) sowie die Einrichtung einer Bewirtschaftungsdatenbank betragen ca. 33.000 € brutto. Der Berechnung wurde ein Gesamtstraßennetz von 93 km zugrunde gelegt.

Nach Abzug eines Zuschusses in Höhe von 12.000 € wären einmalig 21.000 € und dann fortlaufend für die Software jeweils weitere 1.700 €/Jahr aufzuwenden.

Zur Antragstellung ist der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung der beteiligten Kommunen notwendig, die die gemeinsame Zusammenarbeit in diesem Bereich regelt. Diese Verwaltungsvereinbarung ist als Anlage 1 beigefügt.

Diese Erfassung und Bewertung aller Straßen würde als Nebeneffekt auch verlässliche Daten im Hinblick auf eine denkbare Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen liefern.

Auch hier sollte man vor weitergehenden Überlegungen zunächst eine verlässliche Bestandsaufnahme aller Straßen haben, um daraus die notwendigen Investitionshöhen, Beispielberechnungen sowie Eigenanteile der Stadt ableiten zu können.

Darüber hinaus hat man eine aktualisierte Vermögensaufnahme der städtischen Straßen, die man mit dem bislang erfassten Anlagenvermögen abgleichen kann.

Haushaltsrechtlich geprüft:

Die notwendigen Haushaltsmittel sind über den Etat der Straßenunterhaltung bzw. über Einsparungen in anderen Bereichen abzudecken.

Steffen Wernard
Bürgermeister

Michael Guth